

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

AKTUELL

GATT-Durchbruch?

Brüssel (spk/dpa) Die Europäische Union (EU) und die USA haben am Montag eine prinzipielle Einigung in den noch strittigen Agrarfragen erreicht und sind damit einem umfassenden Durchbruch für ein neues Welthandelsabkommen ein grosses Stück näher gekommen.

Die Chef-Unterhändler - US-Handelsbeauftragter Mickey Kantor und Kommissar Leon Brittan - erreichten auch Fortschritte in den anderen noch offenen Fragen - vor allem Subventionen für Stahl und Flugzeugbau sowie Marktzugang.

J + S ab 10 Jahren

Bern (AP) Kinder können künftig bereits ab zehn und nicht erst ab 14 Jahren vom Angebot von Jugend+Sport profitieren. Der Ständerat hat am Montag die Herabsetzung des J+S-Alters definitiv mit 31 Stimmen gutgeheissen.

Der Einbezug der zehn bis 13jährigen in Jugend+Sport ist ein langjähriges Anliegen der Kantone und Sportverbände. Da sich der Bund dem Ansinnen lange widersetzt, führten 23 Kantone in eigener Regie Anschlussprogramme ein, die nun vom Bund übernommen werden. Die Mehrkosten von 18 Millionen Franken gleicht er aus, indem er bei den Förderbeiträgen an die Kantone und bei der Militärversicherung 17,3 Millionen Franken einspart.

Kein schulfreier Samstag

Herisau (spk) In Ausserrhoden wird der schulfreie Samstag nicht eingeführt. Der Kantonsrat hat am Montag einen entsprechenden Antrag der Regierung mit 31:27 Stimmen verworfen.

Eine Arbeitsgruppe war zum Schluss gekommen, es gebe weder aus pädagogischer noch organisatorischer Sicht zwingende Gründe gegen den schulfreien Samstag. Hingegen sei auf gesellschaftspolitischer Ebene der Druck für die Einführung dieser Neuerung sehr gross.

Für Schweizer EU-Bertritt

Bern (AP) Die Europa-Union Schweiz strebt einen Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union (EU) bis zum Jahr 2000 an. Ein EWR-Beitritt in zweiter Auflage soll zunächst als Option bestehen bleiben, falls die bilateralen Verhandlungen scheitern, wie die Europa-Union am Montag in Bern bekanntgab. Die Bewegung «Geboren am 7. Dezember 1992» bekräftigt einen EWR-Beitritt als erstes Ziel.

Die Europa-Union Schweiz (EUS) sei nach wie vor der Ansicht, dass die Interessen der Schweiz besser gewahrt seien, wenn sie ein Teil Europas sei, sagte EUS-Zentralpräsident Marc F. Suter an einer gemeinsamen Pressekonferenz mit der Bewegung «Geboren am 7. Dezember 1992» weiter.

Bundesrat fordert Mietzinssenkungen

Bern (AP) Der Bundesrat hat die Vermieter dazu aufgefordert, die wirtschaftlich angezeigten Mietzinssenkungen vorzunehmen. Auf einen dringlichen Bundesbeschluss für eine allgemeine Senkung will er jedoch vorerst verzichten, wie er am Montag auf eine Motion aus dem Nationalrat mitteilte.

Die Zahl der Staatsangestellten wird erheblich ansteigen

Regierung legt Stellenplan für 1994 vor - 25 neue Stellen sind für 1995 vorgesehen, wenn der EWR auf das kommende Jahr in Kraft tritt

(G. M.) - Dem Landtag liegt ein Antrag der Regierung zur Schaffung von fünf neuen Staatsstellen vor, den das Parlament in seiner nächsten Sitzung behandeln soll. Im Budget 1994 heisst es, dass total 12 neue Stellen geschaffen werden, wovon 6 Stellen für die Aussenpolitik nach dem definitiven EWR-Beitritt gebraucht werden. Im Finanzplan 1994 - 1998 schliesslich wird darauf hingewiesen, dass 1995 weitere 25 Stellen geschaffen werden müssen, um die «aus dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum erwachsenden neuen Aufgaben» bewältigen zu können.

Vorerst legt die Regierung nur die Schaffung jener Stellen vor, die in der Landesverwaltung - ohne die zusätzlichen ausserpolitischen Aufgaben - benötigt werden. Dabei handelt es sich um 3 Stellen bei der Landespolizei, 1 Stelle beim Untersuchungsgefängnis sowie 1 Stelle für die EDV-Abteilung beim Amt für Personal und Organisation. Zudem soll eine Stelle bei der Postwertzeichenstelle aufgehoben werden, was auf den Rückgang des Briefmarkenverkaufs zurückzuführen ist.

462 Mitarbeiter für 451,5 Stellen

Gesamthaft sind derzeit in der Landesverwaltung, der Regierung und den Gerichten 462 Mitarbeiter tätig, die zusammen 451,5 Stellen besetzen. Nach Angaben der Regierung sind davon 18,25 Stellen nicht besetzt, wovon das Tiefbauamt mit 4 Stellen (1 Stelle in der Verwaltung und 3 Stellen im Werkbetrieb) am meisten betroffen ist. Zwei Stellen blieben beim Hochbauamt (für Denkmalschutz und Energieberatung) sowie beim Forstamt offen. Die übrigen nichtbesetzten Stellen setzen sich teilweise aus ganzen Stellen, teilweise aus Teilzeitstellen zusammen. Sofern der Landtag seine Zustimmung erteilt, erhöht sich die Zahl der Stellen in der Staatsverwaltung auf 456,5 Stellen.

Ständige und nichtständige Stellen

Nach der Aufstellung über den Stellenplan 1993 ist ersichtlich, dass in der Regierung (ohne Regierungsmitglieder) 19 ständige Stellen vorhanden sind, die von 20 Mitarbeitern ausgefüllt werden. Hinzu kommen 2 nichtständige Stellen. In der Landesverwaltung sind 397 Mitar-

beiter in 389,5 ständigen Stellen und 29 Mitarbeiter in 24,3 nichtständigen Stellen beschäftigt. Bei den Gerichten sind 41 Mitarbeiter in 39,5 ständigen Stellen und 6 Mitarbeiter in 5,25 nichtständigen Stellen tätig. Weitere 4 Mitarbeiter weist das Landtagssekretariat in 3,5 ständigen Stellen auf.

Erhöhter Personalaufwand im Budget 1994

Die Mehreinstellungen an Personal in der Staatsverwaltung schlagen sich im Budget 1994 mit einer Zunahme der Personalkosten um 4,2 Millionen Franken oder 4,9 Prozent auf 89,9 Millionen Franken zu Buche. Davon machen die Neueinstellungen einen Betrag von 1,1 Millionen Franken aus, während 1,7 Millionen Franken für den Teuerungsausgleich benötigt werden und 413 000 Franken für reglementarische Vorrückungen sowie 700 000 Franken als Reservekredite für individuelle Gehaltserhöhungen reserviert sind. Das Budget 1994 geht allerdings nicht nur von den jetzt vorliegenden 5 neuen Stellen aus, sondern von 12 neuen Stellen.

«Im Zusammenhang mit dem geplanten Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum», heisst es im Vorschlag, «werden 6 Mitarbeiter für die Übernahme zusätzlicher Aufgaben vorgesehen, deren Festanstellung von der Frage des definitiven Beitritts zum EWRA abhängig sein wird».

Überdurchschnittliche Ausweitung für 1995

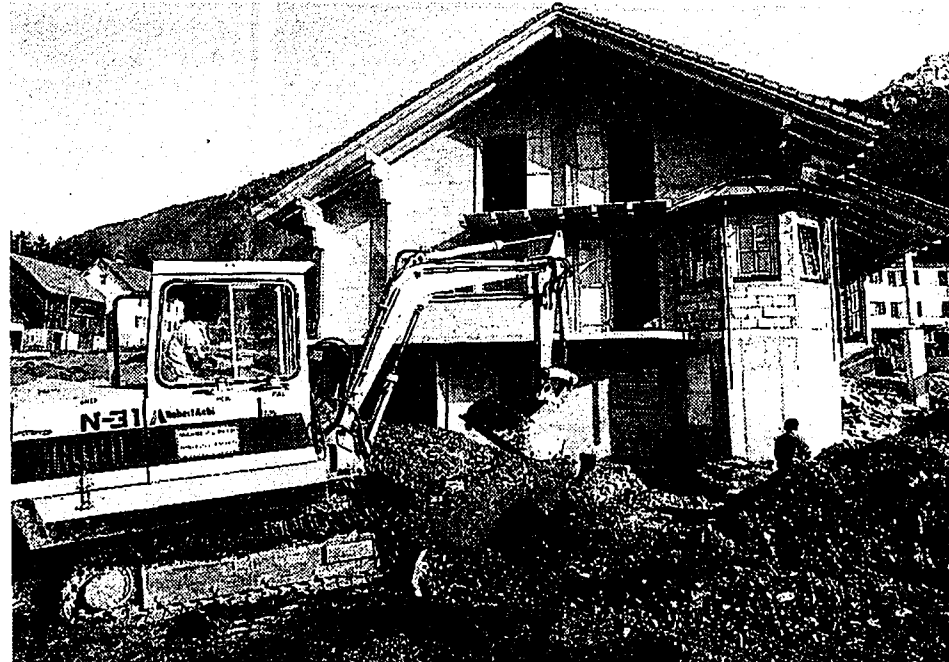
In der Finanzplanung 1994 bis 1998 geht die Regierung von einer «überdurchschnittlichen Ausweitung» des Personalaufwandes für die Jahre 1994 und 1995 aus. Neben den 6 erwähnten Stellen für die Aussenpolitik, die im kommenden Jahr voraussichtlich geschaffen werden müssen, werden im Jahre 1995 weitere «25 Stellen für die Bewältigung der aus dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum erwachsenden neuen Aufgaben» dazukommen. Je nach Entwicklung der schweizerischen Integrationsbemühungen, meint die Regierung in der Finanzplanung, werde ein Teil dieser Stellen zeitlich befristet werden können.

Steuerung der staatlichen Ausgaben über Limitierung der Darlehen?

Die Regierung beantragt dem Landtag eine Gesetzesänderung bei der staatlichen Wohnbauförderung - Begrenzung auf Budgetkredite

(G. M.) - Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre, als die Summe der staatlichen Wohnbauförderung erheblich über die budgetierten Limiten zu liegen kam, weil mehr Endabrechnungen von Eigenheimen oder mehr Käufe von Stockwerkeigentumswohnungen vorgelegt wurden als budgetiert, will die Regierung die Ausrichtung der staatlichen Wohnbaudarlehen auf die Höhe der Budgetierung beschränken. Im Finanzgesetz 1994 ist die Änderung enthalten, dass die Regierung die Ermächtigung besitzt, Fördermittel im Rahmen der bewilligten Voranschlagskredite auszurichten. Überraschungen in der Landesrechnung sollen damit ausgeschaltet werden. Doch zu welchen Lasten geht diese Regelung?

Unterstützt wird über die staatliche Wohnbauförderung die Errichtung von Eigenheimen, die Errichtung und der Erwerb von Wohnraum in verdichteter Bauweise sowie die Sanierung von Altbauten mit der Gewährung zinsloser Darlehen im Umfang von 25 Prozent der festgelegten Anlagekosten. «Trotz des teuerungsbedingten Anstiegs der Bau- und Erwerbskosten in den zurückliegenden Jahren und des fehlenden Angebotes an baureifen Grundstücken in der Zeit der Hochkonjunktur», stellt die Regierung in ihrer Begründung des Antrags an den Landtag fest, «hielt sich die Nachfrage nach Förderdarlehen in jüngster Zeit auf hohem Niveau.» Die Schätzungen der Regierung im Budget, wieviele Bauobjekte im Laufe eines Rechnungsjahres zur Endabrechnung und damit zur Auszahlung der Förderdarlehen gelangten, wurden regelmässig übertroffen.



Die Regierung möchte künftig die Darlehen für die Wohnbauförderung auf das Mass des Budgets einschränken. Der Grund dafür liegt darin, dass in den letzten Jahren immer wieder erhebliche Budgetüberschreitungen vorgekommen sind, für die Nachtragskredite angefordert werden mussten. (Archivbild)

Wurden 1991 noch 79 Auszahlungen im Umfang von 8,7 Mio. Franken vorgenommen, so schnellte diese Zahl 1992 auf 164 Endabrechnungen mit einem staatlichen Mittelbedarf von 19,8 Mio. Franken empor. Für das laufende Rechnungsjahr rechnete die Regierung mit 110 Abrechnungen und einem Mitteleinsatz des Staates von 13 Mio. Franken. Bereits anfangs November war jedoch absehbar, dass sich die Zahl der Fertigstellungen an Eigenheimen und Abrechnungen von Eigentumswohnungen auf etwa 150 Objekte bis Jahresende anhe-

ben werde, was 19 Mio. Franken an staatlichen Darlehen nach sich zieht. Der Grund dafür liegt nach Angaben der Regierung in der beschleunigten Vorlage der Endabrechnungen sowie die verkürzte Bauzeit durch die vermehrte Erstellung von Fertighäusern.

Die über die Budgetierung hinausgehenden Darlehenszahlungen musste die Regierung in den vergangenen Jahren jeweils mit einem Nachtragskredit vom Landtag bewilligen lassen. Um dieses Vorgehen zu vermeiden, beantragt die Regierung die Limitierung der Auszah-

lungen auf die Budgetlimiten. «Eine erfolgsversprechende Steuerung der staatlichen Ausgaben ist nur möglich», begründet die Regierung ihren Vorschlag, «wenn in wichtigen Bereichen vermehrt die Mittel der Kreditbegrenzung eingesetzt werden.» Schon vor zwei Jahren wurden die Subventionen für die Subventionsprojekte der Gemeinden auf diese Weise begrenzt, nun soll nach dem gleichen Schema die staatliche Wohnbauförderung folgen. «Nicht der Zeitpunkt der Vorlage der Bauabrechnung für die Errichtung eines privaten Wohnbauprojektes soll über die Auszahlung des zinslosen Darlehens entscheiden», erläutert die Regierung, «sondern der Rahmen der budgetmässig bewilligten Kredite.»

Stimmt der Landtag dem Begehren der Regierung zu, so müssen die «Subventions- und übrigen Leistungsempfänger in Kauf nehmen, die gesetzlichen Ansprüche zu einem späteren Zeitpunkt ausgerichtet zu erhalten», wenn die Ausgabenlimiten ausgeschöpft sind. Die Regierung ist sich bewusst, wie sie im Antrag an den Landtag festhält, dass es zu Verzögerungen bei den Kreditgutschriften kommen kann, doch wertet sie die Vorteile für den Staat höher als die Nachteile für die Darlehensnehmer: «Durch die Senkung der Hypothekarzinsen erwachsen den Darlehensnehmern durch diese Massnahmen keine wesentlichen oder unzumutbaren Nachteile. Dem Staat hingegen bringt die vorgeschlagene Regelung den Vorteil, die Einhaltung des Ausgabenrahmens zu sichern, was für eine erfolgsversprechende Budget- und Finanzpolitik unerlässlich ist.»

Arbeitslosigkeit im November auf neuem Höchststand

Erstmals mehr als 180 000 Arbeitslose - Flacherer Anstieg als im Vorjahr - Saisonale Gründe - Weitere Zunahme in nächsten Monaten erwartet

Bern (AP) Die Arbeitslosigkeit hat im November mit einer Quote von 5,0 Prozent in der Schweiz einen neuen Höchststand erreicht. BIGA-Direktor Jean-Luc Nordmann führte den Anstieg auf saisonale Gründe zurück und wies darauf hin, dass die Zunahme weniger stark ausfiel als vor Jahresfrist. Gleiches gilt auch für die am Montag veröffentlichten Zahlen über die Kurzarbeit im Oktober.

Am Ende des dritten Rezessionsjahres in der Schweiz bleibt die Arbeitslosigkeit erwartungsgemäss ein dunkler Fleck in dem sich langsam aufhellenden Konjunkturszenario. Nach Mitteilung des Bundesamts für Industrie, Gewerbe und

Arbeit (BIGA) waren Ende November 180 293 Menschen bei den Arbeitsämtern als arbeitslos eingeschrieben; dem standen bloss 4922 offene Stellen gegenüber. Die Arbeitslosenquote stieg in recent Monatsfrist von 4,8 auf 5,0 Prozent.

Der seit Juli dieses Jahres zu beobachtende Trend einer schwächeren Zunahme im Vergleich zum Vormonat hielt aber auch im November an. War die Arbeitslosenzahl vor Jahresfrist im November noch um 11 007 Stellensuchende oder 10,1 Prozent gestiegen, machte die Zunahme jetzt nur noch 6765 Menschen oder 3,9 Prozent aus. Die Zahl der offenen Stellen erhöhte sich zwar gegenüber

dem Vormonat um 339, lag aber um 1866 unter dem Stand vor Jahresfrist.

Die jüngsten Zahlen entsprechen den Voraussagen des BIGA, wie Nordmann auf Anfrage sagte. Die für das Jahresende erwartete Zunahme auf über 180 000 Arbeitslose sei nun eingetreten, und der Jahresdurchschnitt werde bei rund 165 000 Arbeitslosen liegen. Im Durchschnitt von elf Monaten erreichte die Arbeitslosenzahl jetzt 161 203. Für den Anstieg im November sind laut Nordmann einerseits saisonale Faktoren ausschlaggebend, die schon während der Hochkonjunktur jeweils zu einer Zunahme geführt hatten. Andererseits habe sich

mit dem Ende der Rekrutenschulen nun der verzögerte Effekt bei den stellenlosen Lehrabgängern ausgewirkt. Auf die Prognosen für die kommenden Monate angesprochen, sagte der BIGA-Chef, er gehe nach wie vor von einem Anstieg auf mehr als 200 000 Arbeitslose im kommenden Jahr aus. In der zweiten Jahreshälfte sollte sich die Arbeitslosigkeit dann stabilisieren.

Saisonale Faktoren prägten auch die Kurzarbeitsstatistik für den Monat Oktober. 36 283 Menschen waren von Kurzarbeit betroffen; dies entspricht einem Anstieg von 10,5 Prozent gegenüber September.

Orientteppiche
Werner Hilde
Güfer 100 · 9497 Triesenberg

Sinnvolle Weihnachtsgeschenke